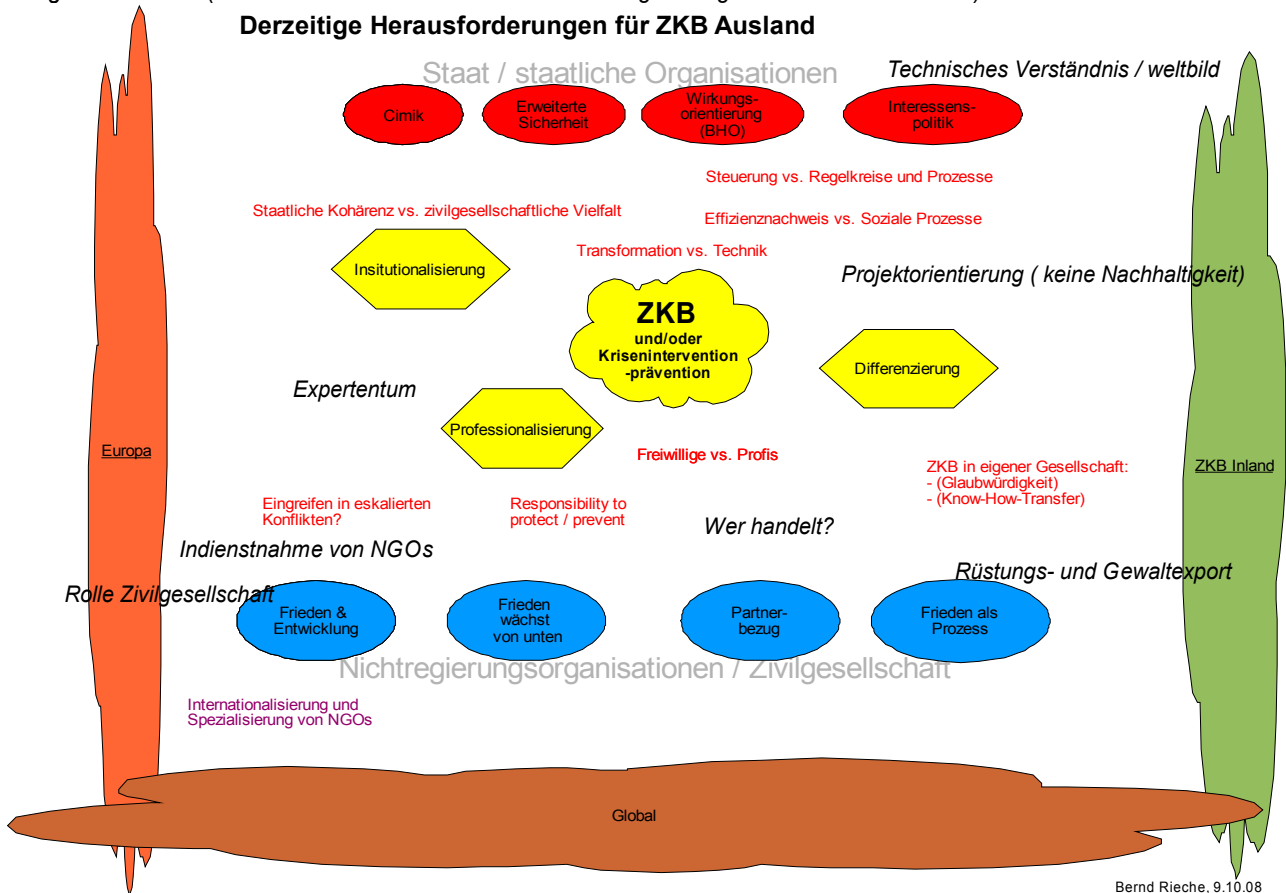


Der Bereich „(militärischer) Gewalt entgegentreten“ wurde vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Praxis der vertretenen Organisationen dazu zusammengetragen, was bereits getan wird und was mehr getan werden sollte: Es gibt vielfältige Formen des Protestes und der Kritik an militärischer Gewalt, sei es die Beteiligung an politischen Kampagnen oder Studien wie der Rüstungsexportbericht der GKKE. Als Anregung wurde mitgenommen, dass der kritische Diskurs innerhalb der Ökumene zu Fragen von Militäreinsätzen sowohl mit den Partnern im Norden als auch mit denen im Süden verstärkt werden sollte. Friedenstheologie und -ethik als Kompetenz von Fachkräften im Auslandseinsatz, auch im Sinne einer „Kirchenfähigkeit“ in kirchlichen Kontexten, sollte weiter entwickelt werden. Auf die Abgrenzung zwischen militärischen und polizeilichen Aufgaben sollte stärker hingearbeitet werden und es sollten differenzierte Instrumente für eine Schutzverantwortung (responsibility to protect) entwickelt werden. Kirche sollte klarer und deutlich kritischer Stellung nehmen zur deutschen Beteiligung an „Gewaltexport“.

Dem schloss sich ein Austausch über die vielfältigen Formen und Ansätze der **praktischen Konfliktbearbeitung** der vertretenen Organisationen an.

Bernd Rieche stellte die derzeitigen Herausforderungen für Zivile Konfliktbearbeitung im Ausland vor, die gemeinsam ergänzt wurden. (s. Abb. - *in schwarz kursiv sind diese Ergänzungen aus der Diskussion.*)



Ein technisch-mechanisches Weltbild, was hinter vielen Ansätzen vor allem auch staatlichen Denkens steht, stellte sich dabei als zentrales Problem dar. Dazu werden auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) von staatlichen Akteuren in Dienst genommen anstatt in ihrer spezifischen, systemischen Rolle gestärkt. Diese Praxis wird jedoch bereits in vielen NRO-Stellungnahmen positiv aufgenommen, z.B. Vorgehen von EPLO (European Peace Liason Office) oder im Rahmen des RoCS Prozesses auf europäischer Ebene.

Die Frage nach Nutzen und „Verzwecken“ der Arbeit von Zivilgesellschaft stellt sich. Dahinter steckt oft eine Haltung, die sich auch im militärischen Denken widerspiegelt, dass „Frieden gemacht wird“. Es ist zu fragen, welche Theorie des Wandels und welcher Begriff von Frieden jeweils dahinter steht. Wer ist der Souverän des Handelns - Staat oder Zivilgesellschaft?

Die Tendenz zur Professionalisierung und zur Spezialisierung, auch bedingt durch die Komplexität der Materie, führt zum Ruf nach Experten, die „die Lösung“ bringen.

Aufgrund dieser Problemanalyse wurde aus Sicht der Teilnehmenden der **Handlungsbedarf im Bereich der Konflikttransformation** identifiziert. Als vordringlich erwiesen sich Fragen zur Rolle und Identität von

zivilgesellschaftlichen (kirchlichen) Akteuren in dem Feld verbunden mit dem sich daraus ergebenden spezifischen Ansatz der Konflikttransformation.

Das Rollenverständnis von Zivilgesellschaft muss klarer definiert und kommuniziert werden. Zivilgesellschaft ist in ihrer Komplexität und Pluralität konstitutives Element von Demokratie. NRO müssen daher selbstbewusst gegenüber dem Staat auftreten und sich nicht als „Dienstleister“ anbieten. Damit dies Erfolg haben kann, bedarf es einer Abstimmung untereinander und einer Zurückstellung eigener „Profilierungsbestrebungen“, wo gemeinsames Handeln erforderlich ist. Dabei gilt es auch die spezifische Rolle der kirchlichen Akteure selbstbewusst einzubringen.

Unser Ansatz versteht sich als einer, der Prozesse integrativ definiert und offene (iterative) Prozesse ermöglicht. Sozialer Wandel geschieht langfristig und lässt sich nicht in kurzfristigen Projektlogiken fassen. Zivile Konflikttransformation muss stärker abgegrenzt werden von mechanistischen, einer Steuerungsidee unterliegenden Ansätzen, wie der einer „Friedensarmee“ – die zwar zivile Mittel einsetzen will, aber der militärischen Logik des Friedensmachens oder gar Erzwingens unterliegt.

Ein für unser Handeln spezifischer Ansatz sind Solidarität und Compassion (Mitfühlen, Mitgehen) – was zunächst ohne messbare Wirkung, jedoch nicht wirkungslos ist. Das bedeutet auch Kooperation auf Augenhöhe mit Partnern in Nord und Süd. Weiter entwickelt werden müssen Ansätze für den Umgang in und mit eskalierten Konflikten.

Aus unserem Ansatz ergibt sich auch ein spezifisches Wirkungsverständnis. Dieses müssen wir klarer formulieren und alternative (Forschungs-) Ansätze zu Wirkungsanalyse („von unten“) entwickeln, dies bezieht den Diskurs zu systemisch orientierten Ansätzen mit ein. Ein solcher Ansatz bedeutet auch, positive Beispiele als Geschichten zu erzählen.

Die Vermittlung durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit zwischen ZKB-Experten und der Basis friedenspädagogischer und politischer Arbeit gehört ebenfalls zu unserem ganzheitlichen Ansatz.

Um Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, ist auch eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit unabdingbar.

Kirchen mit ihren Kirchenleitungen sollten als Führungspartner gewonnen werden.

Dem schlossen sich Informationen zu **Orten und Strukturen im Bereich von Zivilgesellschaft und Kirche** an, die für Konflikttransformation relevant sind.

Aufgrund des Handlungsbedarfes zu ZKB und einer Übersicht der derzeitigen Strukturen und Prozesse wurde folgender spezifischer **Handlungsbedarf** für die kirchlichen Akteure gesammelt:

1. Entwicklung des Austauschs zwischen den kirchlichen Akteuren. Vernetzung und Pluralität muss innerhalb der Kirche gestärkt werden, das Profil von ZKB in den Organisationen, besonders in den größeren Werken, muss gestärkt werden. Die Einheit und der Zusammenhang von Ökumene (zwischenkirchliche Beziehungen), Entwicklung und Frieden muss beachtet werden.
2. Ressourcen und Wege zur ZKB-Politikberatung müssen entwickelt werden, um in Berlin (Bund) und Brüssel (EU) unseren Ansatz profiliert in den politischen Diskurs einbringen zu können.
3. Ein gezielter Einsatz von kirchlichen Mittel für unabhängige ZKB-Arbeit über EED und Brot für die Welt hinaus ist notwendig. Dafür sollte ein Fonds für ZKB neu geschaffen werden, dies ist besonders da nötig, wo staatliche Mittel nicht fließen, beispielsweise für die Arbeit in Sri Lanka. Dies ist auch Voraussetzung um staatliche Mittel einfordern zu können und trotzdem Unabhängigkeit zu bewahren. (Kirchliche Friedensdienst Mittel „KFD“ – analog zu Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED-Mitteln))
4. Strukturen, die iterative Prozesse in der eigenen Organisation ermöglichen
5. neue aktive, dynamische Kampagnen entwickeln

Folgende **Arbeitsabsprachen** wurden getroffen:

1. Der Konferenz für Friedensarbeit der EKD soll vorgeschlagen werden, eine kontinuierliche AG einzurichten. Diese soll die (christliche) Rolle und Ansätze in der ZKB als Teil der Zivilgesellschaft schärfen, dabei muss die Zusammenarbeit mit Ökumene und säkularen Partnern mitgedacht werden.
2. Der Friedensbeauftragte der EKD sollte ein Mandat der EKD bekommen, zu tagesaktuellen friedenspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, die dafür nötigen Unterstützungsstrukturen müssen geschaffen werden.
3. Die kirchlichen Friedensdienste sollten sich in den Brüsseler Diskurs einbringen – dafür braucht es neue und gemeinsam getragene Strukturen und Ressourcen. Letzteres soll in einem weiteren Studientag weiterentwickelt werden.